

C·A·P Planung...

14. November

„Effektivierung deutscher Europapolitik“, Fachkonferenz der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa, Bonn.

20. November

„Europawerkstatt Kreisau: Die internationale Jugendbegegnungsstätte und der Kreisauer Kreis“, Expertengespräch mit Walter Lorang; Forschungsgruppe Jugend und Europa.

24.-25. November

„European Flexible Integration Network“, Fachtagung der Forschungsgruppe Europa in Kooperation mit Europa-Programmet, Oslo, und dem Chatham House, London.

25. November

Konferenz zur „Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union“, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und München in Kooperation mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Europäisches Patentamt München.

4.-5. Dezember

„Europa am Scheideweg? Perspektiven der europäischen Integration nach Amsterdam“, Fachkonferenz der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Kooperation mit dem C·A·P, München.

11./12. Dezember

„How should the U.S. and Europe deal with pariah regimes“, Transatlantischer Round Table in einer Projektkooperation des German Marshall Fund und der Forschungsgruppe Europa, München.

12. Januar (C·A·P-Forum)

„USA, Europa und der Nahe Osten“, Vortrag von Prof. Kenneth Stein, München.

C·A·P ANORAMA...

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 / 4904 290

Fax 089 / 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.cap.uni-muenchen.de>

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Ein neues DFG-Forschungsprojekt am C·A·P beleuchtet die Rolle außenpolitischer Bürokratien im Prozeß der deutschen Einheit

Die internationale Absicherung des deutschen Einigungsprozesses in den Jahren 1989/90 war ein Erfolg staatsmännischer Führungsleistung und spektakulär inszenierter Gipfeldiplomatie. Diesen Eindruck vermitteln zumindest die zum Thema publizierten wissenschaftlichen Studien und Erinnerungen der beteiligten Akteure. Ein zweiter Blick auf die internationale Politik zur deutschen Einheit läßt jedoch Zweifel an der These aufkommen, daß der Erfolg der „Zwei-Plus-Vier“-Verhandlungen ausschließlich der kunstvollen Diplomatie auf höchster Ebene zuzurechnen ist. Vieles deutet darauf hin, daß auch die außenpolitischen Bürokratien und internationale bürokratische Netzwerke eine gewichtige und eigenständige Rolle gespielt haben.

Diese Überlegung ist Ausgangspunkt für das Forschungsvorhaben „Bürokratische Regime im Prozeß der deutschen Einheit. Eine Zeitzeugenbefragung zu den Bedingungsfaktoren von Kooperation in den Internationalen Beziehungen“, das die *Forschungsgruppe Deutschland* durchführt. Die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) in Bonn wird das Projekt finanziell für zwei Jahre fördern. Die DFG ist die zentrale Organisation zur Förderung der Forschung an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstituten in Deutschland. Sie dient der Wissenschaft durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsvorhaben und durch die Förderung der Zusammenarbeit von Forschern. Sie berät Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen, pflegt die Verbindung der Forschung zur Wirtschaft und zur ausländischen Wissenschaft und vertritt die Belange der Forschung auf internationaler Ebene. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das von der DFG geförderte Forschungsvorhaben am C·A·P sieht eine umfangreiche Befragung von Akteuren auf der politischen und bürokratischen Ebene vor. Die Interviews umfassen Akteure der politischen und bürokratischen Ebene aus den am „Zwei-plus-Vier-Prozeß“ beteiligten Staaten Bundesrepublik Deutschland, DDR, USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und zeitweise Polen. Ergänzt wird die Analyse durch Archivrecherchen im In- und Ausland.

Mit dem Projekt der DFG kann die die Forschungsgruppe Deutschland ihre Forschungsarbeit zum Prozeß der deutschen Einheit weiter vertiefen und ihre wissenschaftliche Kompetenz auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik und dem deutschen Einigungsprozeß in seiner nationalen und internationalen Dimension ausbauen. Die internationalen Aspekte der deutschen Einheit werden zur Zeit im Rahmen eines Projektes unter

Leitung von *Prof. Dr. Werner Weidenfeld* zeitgeschichtlich aufbereitet. Dabei wurde u.a. in Expertenkolloquien und wissenschaftlichen Studien die Rolle einzelner Akteure und in Länderanalysen die Politik der Vier Mächte und der beiden deutschen Staaten systematisch untersucht. Die Ergebnisse werden 1998 in Buchform veröffentlicht.

Für das DFG-Projekt sucht die Forschungsgruppe Deutschland zum 1.1.1998 noch einen weiteren wissenschaftlichen Mitarbeiter (BAT IIa).

Voraussetzungen: Politikwiss. Abschluß mit Promotion, Kenntnisse in den Theorien der Internationalen Beziehungen (Bürokratieforschung und Regimeansätze) sowie dem außenpolitischen Prozeß der deutschen Einheit.

Schriftliche Bewerbungen umgehend an: PD Dr. Karl-Rudolf Korte, C·A·P, Grafinger Straße 2, 81671 München.

C·A·P Prolog...

Netzwerke...

... sind zum Modewort sozialwissenschaftlicher Politikforschung geworden; kaum eine Institution, kaum ein Projekt, das nicht auf Netzwerkbildung verwies. Netzwerke stehen für funktionale Kooperation, für Arbeitsteilung und Erfahrungstransfer, versprechen somit Effizienz in der Analyse wie in der Vermittlung von Ergebnissen.

Die Inflation des Begriffs erzeugt Unschärfe: Mit dem wohlklingenden Etikett schmücken sich auch alte Strukturen institutioneller Kooperation, in denen der Wettbewerb der Ideen keine definitorische Größe bildet; Netzwerke bilden auch die „old boys“, weniger mit dem Ziel der Integration von Talenten als in der Absicht, Konkurrenz zu verdrängen. Viele der alten Netze haben über Zeit ihre ursprüngliche Funktion längst eingebüßt. Moderne Netzwerke angewandter Politikforschung müssen anders sein. So verzichtet das C·A·P grundsätzlich auf feste institutionelle Kooperation, sondern bildet strikt funktional definierte, zeit- und aufgabengebundene Netzwerke mit solchen Partnern und Experten, deren Mitwirkung konkreten „Mehrwert“ verspricht. Die traditionellen Rituale der Jahrestreffen, der ständigen Arbeitsgruppen und der immer gleichen Zusammensetzung kennen diese Netze nicht – die Kommunikation erfolgt überwiegend im Internet. Ständige Einrichtungen bleiben sinnvoll dort, wo die Vertrautheit im Umgang notwendige Voraussetzung zur Klärung sensibler Fragen ist. Dieser Kern bleibt institutionell förderungswürdig; alles übrige sollte nicht weniger wandel- und erneuerbar sein wie die Welt, in der wir leben.

Josef Janning

C·A·P

Transatlantische Lerngemeinschaft

Ein neues Fundament für das Verhältnis zu den USA

Der Direktor des C·A·P, Prof. Dr. Werner Weidenfeld, begleitete in seiner Eigenschaft als Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit Ende Juli Bundespräsident Roman Herzog auf seiner Reise nach Washington. Im Mittelpunkt der Gespräche stand dabei die Frage, wie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das transatlantische Verhältnis mit neuen Inhalten gestärkt werden kann.

Am Ende eines bewegten Jahrhunderts ist die Partnerschaft Europa-USA nicht mehr von Selbstverständlichkeiten geprägt. Die jüngeren amerikanischen Eliten wenden sich heute zunehmend dem asiatisch-pazifischen Raum zu. Die historische Erfahrung zeigt aber, daß Amerika eine wichtige Rolle als balancierende Kraft in Europa zukommt. Zudem bleiben die Mitglieder der Europäischen Union die verlässlichsten Verbündeten Washingtons für globale Krisenfälle und die Förderung der freien Weltwirtschaft. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen liegt angesichts neuer Herausforderungen in der Forcierung einer gemeinsamen Werte- und Lerngemeinschaft, um Bindungen zu stabilisieren und Potentiale gemeinsamer Handlungsfähigkeit bereitzustellen.

Im Rahmen der Stationen des USA-Aufenthalts von Roman Herzog – im Weißen Haus bei US-Präsident Bill Clinton, auf dem Capitols- hül und in universitären Einrichtungen – stellte Werner Weidenfeld den amerikanischen Partnern das neue Projekt „Transatlantische Lerngemeinschaft“ vor, das die Forschungsgruppe Europa am C·A·P zusammen mit der Bertelsmann Stiftung und dem German Marshall Fund initiiert hat.

Ziel ist es, in einem wissenschaftlich begleiteten Verständigungsprozeß vorbildhafte Lösungen zu konkre-

ten gesellschaftlichen Problemen, die Europa und Amerika gleichsam betreffen, Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks zu vermitteln. Damit würde das transatlantische Verhältnis auf eine neue interessengeleitete Grundlage gestellt und ein drohender Kulturbruch abgewendet. Neue Ressourcen würden mobilisiert. Ein transatlantisches Praktiker- und Expertennetzwerk wird sich deshalb zunächst mit Fragen der Migration und der Gestaltung von Transformationsprozessen befassen. Die erarbeiteten Strategien werden in einem eigens hierfür eingerichteten Internet-Forum* zur Diskussion gestellt, um eine möglichst große Verbreitung der Ergebnisse zu erreichen und den transatlantischen Dialog über die Arbeitsgruppen hinaus zu öffnen. Neue Inhalte und neue Formen des Austauschs können so das europäisch-amerikanische Verhältnis zeitgemäß ausgestalten.



US-Präsident Bill Clinton empfing anlässlich der Reise von Bundespräsident Roman Herzog im Weißen Haus eine deutsche Delegation. Auf dem Photo (von links): Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Steffi Graf, der Industrielle von Rohr, Bill Clinton und Roman Herzog.

Mehr Chancen als Risiken

Globalisierung als Thema von „FAZIT“

Auf der globalen Rennstrecke liegt die Wirtschaft vorne, die Politik hängt zurück. Mit dieser Feststellung eröffnete der Intendant des DeutschlandRadio, *Ernst Elitz*, das diesjährige FAZIT-Forum zum Thema „Standort Welt“, das von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und dem *Deutschland-Radio* in Kooperation mit dem C·A·P vom 5. bis 6. November in Berlin durchgeführt wurde. Das Forum debattierte die Herausforderungen, mit denen Europa durch die Globalisierung konfrontiert wird. Hochkarätige Referenten fesselten die rund 250 Teilnehmer des Forums mit ihren Beiträgen zu „Europas Rolle in der Weltpolitik von morgen“, zu dem „Konflikt der Kulturen“ und zu den „Globalen Perspektiven für die Wirtschaft“.

Bundesverteidigungsminister *Volker Rühle* referierte über die sicherheitspolitische Lage Europas. Er entwarf eine Agenda der Zukunft mit einer Betrachtung der Risiken in Mittel- und Osteuropa, der Konflikte im Nahen Osten und den Gefahren in Zentralasien. Er ging dabei vor allem auch auf das Verhältnis zu Rußland und der Ukraine sowie die Partnerschaft mit den USA ein. Die Bedeutung der transatlantischen Kooperation betonte auch der ehemalige US-Sicherheitsberater, *Prof. Zbigniew Brzezinski*, in seinem Vortrag. Den kulturellen Folgen der Globalisierung widmete sich der Soziologe *Prof. Benjamin R. Barber*. Im Kern zielte seine Zuspitzung zwischen „McWorld und Jihad“ darauf ab, daß in der Welt von morgen sowohl Fragmentierung als auch Integration als gleichzeitige Entwicklungsmuster zu akzeptieren seien. Eine Kultur, die nur auf der englischen Sprache und der globalen Ökonomie beruhe, könne keine Weltkultur sein. Die Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden der Hoechst AG, *Jürgen Dormann*, widmeten sich der Internationalisierung der Wirtschaft. Er plädierte für eine sachliche und konstruktive Haltung zur Globalisierung. Das „globale Dorf“ bestehe noch nicht, vielmehr entwickelten sich kontinentale Märkte. Europa müsse daraus die Konsequenzen ziehen. In den anschließenden Diskussionsrunden meldeten sich zahlreiche Experten zu Wort. *Prof. Shlomo Avineri*, der Präsident des Club of Rome, *Prof. Ricardo Diez-Hochleitner*, *Dominique Ponnau* und *Prof. Ghassan Salamé* debattierten über die Kultur. Die Ökonomie war Thema eines Panels mit dem Vorstandsmitglied der Commerzbank, *Klaus Peter Müller* und dem Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes, *Horst Köhler*. Insgesamt, so faßten der Direktor des C·A·P, *Prof. Werner Weidenfeld*, und der Mitherausgeber der FAZ, *Dr. Günther Nonnenmacher* übereinstimmend zusammen, entwarf das Forum eine Zukunftskarte der Weltpolitik.

Jürgen Turek

Im Preußischen Landtag in Berlin fand zum zweiten Mal „FAZIT“, ein Forum der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des DeutschlandRadio und des C·A·P statt. 250 Teilnehmer diskutierten über den Standort Welt.

Foto: Frank Röth/F.A.Z.

Jürgen Dormann, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Jürgen Jeske, Mitherausgeber der FAZ, Horst Köhler, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, und Klaus-Peter Müller, Vorstandsmitglied der Commerzbank, diskutierten für eine Versachlichung der Globalisierungsdebatte.

Foto: Frank Roth/F.A.Z.

C·A·Partner...

Werner Weidenfeld gehört seit einem Jahr dem Board of Trustees der jüdischen Brandeis University an. Im Rande der Reise mit Roman Herzog in die USA traf er u.a. mit dem Präsidenten der Brandeis University, Yehuda Reinharz, und dem ehem. israelischen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Simon Peres zusammen. Die Arbeit in Brandeis ist Teil einer ausgehnten Kooperation mit amerikanischen Wissenschaftseinrichtungen. So gehört Prof. Weidenfeld auch dem Komitee der Universitäten Georgetown, Harvard und Berkeley sowie der großen „Think Tanks“ RAND-Corporation, Center for Strategic and International Studies und des Chicago Council on Foreign Relations an.



Die EU steht inmitten eines Reformprozesses, in dem – zum wiederholten Male seit Beginn der europäischen Integration – über die zeitgemäße Anpassung der politischen Konstruktion des Kontinents an interne und externe Herausforderungen gerungen wird. Die verschiedenen Reformphasen provozieren dabei jeweils eine begleitende politikwissenschaftliche Grundsatzdebatte, in der die Integrationstheorie an die realen Gegebenheiten angepaßt wird. Die Studie analysiert daher die grundlegenden Integrationsansätze und erfaßt ihre Entwicklung im Prozeß der europäischen Einigung. Die Synopse ergibt, daß die scheinbar konkurrierenden Erklärungsmuster in der Mehrzahl komplementär sind und in einem evolutionstheoretischen Ansatz zusammengeführt werden können. Durch die systematische Bestandsaufnahme von fünfzig Jahren Ideengeschichte leistet der *Band 1 der Münchner Beiträge zur europäischen Einigung* einen wertvollen Beitrag zur Erforschung und Erklärung der europäischen Integration.

Zusammen mit der *Bertelsmann Stiftung* konzipierte die *Forschungsgruppe Europa* im April 1996 ein Bellevue-Gespräch bei *Roman Herzog* zu aktuellen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen. Der Band dokumentiert die Diskussionsbeiträge europäischer und amerikanischer Experten, die vor allem perspektivisch angelegt sind. „Zehn Thesen zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ von *Werner Weidenfeld* und *Josef Janning* dienten dabei den Referenten als Anregung. Die Tagung vermittelte insgesamt ein Bild aktueller Problemlagen, gleichzeitig wurden aber auch zahlreiche Möglichkeiten für kooperative Lösungen angesprochen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges steht die sicherheitspolitische Zusammenarbeit als primäre Grundlage der transatlantischen Partnerschaft in Frage. In Zukunft werden die wirtschaftlichen Beziehungen auf Platz eins der europäisch-amerikanischen Agenda stehen. *Wolfgang H. Reinicke* von der Brookings Institution, Washington, verfolgt diesen Trend und unterzieht die von der Politik lancierten Vorschläge einer engeren transatlantischen Wirtschaftskooperation einer kritischen Analyse. Vor dem Hintergrund der Globalisierung wird untersucht, ob wirtschaftliche Kooperationen die erfolgreiche sicherheitspolitische Zusammenarbeit ersetzen können.

Die Osterweiterung der EU verursacht nicht nur Kosten in der Agrar- und Strukturpolitik, sondern wird vor allem auch konkrete politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile nach sich ziehen. Dieses Faktum wird in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet. Ein internationales Studienprojekt der *Forschungsgruppe Europa* und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* befaßt sich deshalb mit der Frage nach den „Nutzen, Kosten und Chancen der EU-Osterweiterung“. Die entstandenen Gutachten bieten überzeugende Einsichten in die positiven Wirkungen einer gesamteuropäischen Strategie.

Giering, Claus: **Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration**, Bd.1 der Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Europa Union Verlag, Bonn 1997, ISBN 3-7713-0546-2, ca. 35.- DM.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): **Partnerschaft gestalten – Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Bellevue-Gespräche II**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, ISBN 3-89204-279-9, 127 S., 20.- DM

Reinicke, Wolfgang H.: **Die Transatlantische Wirtschaftsgemeinschaft – Motor für eine neue Partnerschaft?**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, ISBN 3-89204-803-7, 117 S., 18.- DM

Forschungsgruppe Europa und Bertelsmann Wissenschaftsstiftung (Hrsg.): **Nutzen, Kosten und Chancen der EU-Osterweiterung**, Arbeitspapier, München, erscheint Ende 1997 und kann am C·A·P schriftlich bestellt werden.

C·A·P·Portrait...

In der **Forschungsgruppe Jugend und Europa** ist **Christine Pritzl** seit Herbst 1996 für den Bereich **Evaluation** zuständig. Sie entwickelt Konzepte zur Prozeß- und Wirkungsevaluation für politische Bildungsmaßnahmen der Forschungsgruppe und prüft modellartig deren Umsetzbarkeit in Kooperation mit dem **Projektzentrum für Interkulturelle Kommunikation** in München. Christine Pritzl studierte Soziologie und Betriebswirtschaftslehre an der **Universität München**. Anschließend arbeitete sie im **Deutschen Jugendinstitut** zu den Schwerpunkten Übergang von der Schule in den Beruf, Berufs- und Arbeitsorientierung sowie Sozialisation benachteiligter Jugendlicher.

Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97



Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): **Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97**, Institut für Europäische Politik, Europa-Union-Verlag, Bonn 1997, ISBN 3-7713-0550-0, 89,- DM

Europa ist auf dem Weg zu seiner neuen Form, ohne die Suche danach abgeschlossen zu haben. Reformervorgaben prägen die politische Debatte. Skepsis vermischt sich mit der Vision einer gesamteuropäischen Integrationsdynamik. Neben den vielen Fragezeichen hat aber auch die Anzahl der Antworten in den vergangenen Monaten zugenommen. In kontinuierlicher Weiterführung leistet das von *Werner Weidenfeld* und *Wolfgang Wessels* herausgegebene „Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97“ auch in der 17. Ausgabe Orientierungshilfe und liefert umfangreiche Analysen der europäischen Integration: Kann die Wirtschafts- und Währungsunion zum anvisierten Starttermin 1999 realisiert werden? Wie ist der „Vertrag von Amsterdam“ zu bewerten? Wie sieht es mit dem Zeitplan für die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten aus? Welche Rolle wird die „Agenda 2000“ für die konkreten Modalitäten der Erweiterung spielen? Welche anderen Projekte umfaßt die europäische Einigung zur Zeit? In 59 Einzelbeiträgen analysieren die Autoren diese Fragen und bringen dem Leser das europäische Einigungswerk auf verständliche Weise näher. Das Jahrbuch der europäischen Integration zeichnet sich durch seine hohe Aktualität und sein breites Themenspektrum aus und ist ein guter Wegbegleiter für alle Themen der europäischen Integrationsforschung.

Europa öffnen



Weidenfeld, Werner (Hrsg.): **Europa öffnen – Anforderungen an die Erweiterung**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, ISBN 3-89204-820-7, 287 S., 20,- DM

Oft wird die Erweiterung der Europäischen Union als Reformmotiv für die Gemeinschaft genannt – die konkreten Implikationen einer Erweiterung der EU werden jedoch kaum ernsthaft geprüft. Dabei droht die Union mehrfach die kritische Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit zu überschreiten. Die Europapolitik steht daher vor der Notwendigkeit, die institutionellen Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren einer erweiterten Union zu schaffen, finanzwirksame Politikfelder zu reformieren und eine umfassende Erweiterungsstrategie zu entwickeln. Diese drei Themenfelder bilden den Ausgangspunkt von vier Gutachten, die *Günther F. Schäfer*, *Roland und Florian Bieber*, *Roland Sturm* und *Michael Kreile* erstellt haben. Die Ergebnisse beschreiben die weitgesteckten Herausforderungen der Osterweiterung an die Europäische Union, die auch nach dem Vertrag von Amsterdam noch der Bewältigung bedürfen.

Als Gastherausgeber fungierte **Werner Weidenfeld** für die Ausgabe 42.1-1997 der Zeitschrift **Amerikastudien/American Studies**, die von Prof. Dr. Alfred Hornung (Universität Mainz) im Auftrag der **Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien** herausgegeben wird. Die Themenausgabe befaßte sich mit „The Future of Transatlantic Cooperation: Analysis and Perspectives“. Längere Artikel steuerten **Laurence Martin** („Transatlantic



Community in the New International System“), **Peter Katzenstein** („Identities, Interests and Security: American-European Security Relations“), **Josef Janning** („Europe between the Times“), **Barry Eichengreen** („Transatlantic Economic Relations at the End of the Twentieth Century“) und **Philipp Borinski** („Assessing the Future of Transatlantic Cooperation“) bei. Weitere „**Short papers**“ ergänzen die Bestandsaufnahme.

Strategiegruppe Europa

Tagung der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung in Kooperation mit der Forschungsgruppe Europa in Gütersloh

Der Abschluß der Regierungskonferenz in Amsterdam war nur die erste Station im Reformmarathon der Europäischen Union. Das Ziel der Bemühungen bleibt die Wahrung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, die Entwicklung einer differenzierten Erweiterungsstrategie und die Definition europäischer Interessen gegenüber Europas unruhiger Nachbarschaft. Entlang dieser Linien wurden Anfang Oktober die Zukunftsperspektiven der EU von der *Strategiegruppe Europa*, einer hochrangigen Expertenrunde aus Politik, Medien und Wissenschaft, diskutiert.

Eine positive Bilanz nach Amsterdam zogen *Elmar Brok*, MdEP, und *Joachim Bitterlich*, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt. Man müsse die neu geschaffenen Potentiale des Vertrages erst einmal nützen, bevor eine weitere Regierungskonferenz gerechtfertigt wäre. Eher skeptisch war der Tenor hingegen bei den Vertretern aus Medien und Wissenschaft. So machte *Dr. Günther Nonnenmacher*, Mitherausgeber der FAZ, deutlich, daß sowohl im Bereich der Institutionen wie auch bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik keine substantiellen Fortschritte erzielt worden seien. *Dr. Günther Burghardt*, Generaldirektor bei der Europäischen Kommission, mahnte, die absehbaren Probleme der Erweiterung der EU differenziert abzufedern. Während dieses Prozesses sollten aber nicht nur die Kosten, sondern auch der potentielle Nutzen der Erweiterung für die EU verstärkt diskutiert werden, so *Prof. Dr. András Inotai*, Direktor des ungarischen Instituts für Weltwirtschaft und Berater des ungarischen Ministerpräsidenten.

Einen weiteren Themenschwerpunkt der Tagung bildete Europas Position gegenüber seiner direkten Nachbarschaft. *Dr. Alexei K. Pushkov*, stellv. Generaldirektor des öffentlichen Russischen Fernsehens, analysierte die künftige Entwicklung Rußlands und der GUS, die durch die Osterweiterung zu direkten Nachbarn der EU werden. Über die Situation im Balkan informierte Botschafter *Michael Steiner*, ehem. 1. Stellvertreter des Hohen Repräsentanten in Sarajevo. Eine riskante Nachbarschaft stellt auch der Mittelmeerraum dar, in dem Konfliktlinien von der Türkei bis zum Maghreb die Aufmerksamkeit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas erfordern, wie die Analyse von *Dr. Udo Steinbach*, Deutsches Orient Institut Hamburg, verdeutlichte.



Anläßlich des Treffens der „Strategiegruppe Europa“ trafen sich (von links): Prof. András Inotai, Elmar Brok, Prof. Elisabeth Noelle-Neumann, Dr. Günther Burghardt, Liz Mohn, Prof. Dr. Werner Weidenfeld.

Systemwandel in Europa

Wie eine zunehmende Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf europäischer Ebene verhindert werden kann, bleibt auch nach Amsterdam offen. Die anstehende Erweiterung der EU auf 26 Mitgliedstaaten macht aber eine klare und optimale Zuordnung regionaler, nationaler und europäischer Zuständigkeiten unabdingbar. Unter dem Titel „**Systemwandel in Europa**“ wurde daher der Startschuß für ein Kooperationsprojekt der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung**, des **Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen** und der **Forschungsgruppe Europa** gegeben. Auf der konstituierenden Sitzung Ende September in Bonn wurde unter der Leitung von **Prof. Dr. Manfred Dammeyer**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, und **Prof. Dr. Werner Weidenfeld** das Forschungsterrain durch Europaexperten abgesteckt. Mit den Zukunftsperspektiven der EU beschäftigten sich **Dr. Klaus-Dieter Ebermann**, Direktor im Generalsekretariat der Europäischen Kommission, **Johannes Dohmes**, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt und **Dr. Klaus-Peter Schmid**, Die ZEIT. Weitere Themenschwerpunkte bildeten „Demokratie und Entscheidungsfähigkeit“, „Subsidiarität und regionale Beteiligung“ sowie die „Differenzierung“ als Integrationskonzept. Diesen Problemkreisen widmeten sich **Prof. Dr. Roland Bieber**, Universität Lausanne, **Prof. Dr. Rudolf Hrbek**, Universität Tübingen, **Thomas Fischer**, Universität München, und **Josef Janning**, Leiter der Forschungsgruppe Europa.

Direkte Nachbarschaft und Sicherheit

Rußland und die Ukraine als Partner einer erweiterten Europäischen Union

Rußland, die Ukraine und die EU müssen Wege zur Ausgestaltung der künftigen sicherheitspolitischen Konstellation finden, die sich aus dem Beitritt mehrerer Staaten Mittel- und Osteuropas zur EU und NATO ergibt. Welche Möglichkeiten und Probleme sich aus diesem Szenario für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU eröffnen, diskutierten Experten aus Wissenschaft und Politik im September in Kiew und Moskau. Die Ukraine und Rußland betrachten die Gemeinschaft bislang weniger als sicherheitspolitischen Akteur sondern vielmehr als Garant für sozio-ökonomische Stabilität. Für die Formulierung nachbarschaftlicher und sicherheitspolitischer Konzepte der EU gegenüber Rußland und der Ukraine gewinnt aber gerade ein erweiterter Sicherheitsbegriff an Bedeutung. Die Treffen fanden im Rahmen einer Kooperation der *Forschungsgruppe Europa* mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* und der *Generaldirektion IA der Europäischen Kommission* statt. Sie dienten auch dem Ziel, Akteure zu identifizieren, die grundlegenden Einfluß auf den Entscheidungsfindungsprozeß russischer und ukrainischer Politik haben.



ogramm“ erhielten **Kenneth Dam** und **John Rielly** vom **Chicago Council on Foreign Relations** Gelegenheit, im C·A·P mit **Dr. Joachim Faber**, Allianz, **Dr. Bernd Stecher**, Siemens, **Dr. Markus eß**, Hypo-Bank, und **Dr. Rüdiger von Rosen**, Deutsches Aktieninstitut, über die weit fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Währungsunion zu diskutieren. Es ergab sich so der Eindruck, daß die Wirtschaft schon sehr viel mehr mit dem Euro rechnet als die deutsche Politik.

Der Euro...

...wird mittlerweile auch in den **Vereinigten Staaten** mit Interesse beobachtet. Im Rahmen eines Treffens des „**Advisory Board of the Konrad Adenauer**

Die Bertelsmann Stiftung...

... ist Partner und Förderer der **Forschungsgruppe Europa** in dem Projekt „**Netzwerk Europapolitik an israelischen Hochschulen**“, das wir bereits in unserer letzten Ausgabe vorstellten. Ab 1998 wird **Elke Bruck** als wissenschaftliche Mitarbeiterin diesen Arbeitsbereich betreuen. Bis Ende des Jahres wird zudem in Israel eine **Ausschreibung** veröffentlicht, um vor Ort geeignete **Kooperationspartner** zu finden. Bestandteil der Kooperation sind Expertentreffen, Konferenzen und Gastdozenturen.

Vernetzung innovativer Projekte fördern

Reformen für Deutschland

Roman Herzog rief in seiner „Berliner Rede“ dazu auf, mit mehr Willen und Phantasie notwendige Strukturreformen in Deutschland voranzutreiben. In einem „Brainstorming“ diskutierten auf Einladung von *Prof. Dr. Werner Weidenfeld* Anfang Oktober im C·A·P Vertreter aus Wissenschaft und Medien sowie der *Bertelsmann Stiftung* mit *Dr. Peter Ammon* aus dem Bundespräsidialamt. Es galt dabei Wege zu skizzieren, wie das Momentum der Berliner Rede in operative Strategien umzusetzen sei, die der Bundespräsident öffentlich unterstützen könne. Thematisiert wurden Fragen der Bildung, der Ökonomie, der politischen Führungskompetenz und der demokratischen Entscheidungsfindung. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die notwendige umfassende Reform der sozio-ökonomischen Systeme zur Zeit schlechte Realisierungschancen habe. Das oftmals politisch blockierte föderale System und das anstehende Wahljahr verhinderten dies. Erfolgversprechender seien praxisorientierte Innovationen, die dezentral und „von unten“ überkommene Strukturen aufbrächen. Sie gelte es zu fördern, transparent zu machen und zu vernetzen.

Legitimationsfragen deutscher Europapolitik

Die Teilnehmer des diesjährigen „Deutschland-Dialoges der neuen Generation“ waren sich einig: Beim Euro sei der „point of no return“ überschritten, die gemeinsame Währung komme. Zugleich wurde aber auch die Kluft zwischen einer skeptischen Bevölkerung und einer unerschütterlich integrationsfreundlichen Elite in Deutschland thematisiert. Dieses Spannungsverhältnis in der deutschen Europapolitik war Ausgangspunkt für das Treffen, zu dem die *Forschungsgruppe Deutschland* eine Gruppe junger Experten aus Wissenschaft, Politik, Medien und Wirtschaft versammelte. Der von der *Kester-Haeusler-Stiftung* in Fürstenfeldbruck unterstützte interdisziplinäre Gesprächskreis thematisiert Zukunftsfragen der Demokratie. Die Diskussion über „Wertgrundlagen und Belastungsgrenzen deutscher Europapolitik“ ließ erkennen, daß die junge Generation mit europapolitischen Legitimationsfragen überraschend pragmatisch umgeht. Die Strategie des „accepting by doing“ bei der Einführung des Euro rief in der Runde erstaunlich wenig Widerspruch hervor. Die repräsentative Demokratie müsse sich allerdings auch europäisch bewähren.

Deutschland-Dialog
der neuen Generation

Amsterdam...

...hat nicht alle Fragen beantwortet, die sich der Europäischen Union heute dringend stellen. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) veranstaltet in Kooperation mit dem C·A·P am 4./5. Dezember eine Tagung zum Thema „Europa am Scheideweg?“. Das zweitägige Symposium richtet sich an alle europapolitisch Interessierte. **Programm und Anmeldung** (keine Tagungsgebühr): BLZ, Briener Straße 41, 80333 München, Tel. 089-2186-2170, Fax 089-5503926.

In Schloß...

... Bellevue erörterte ein Kreis internationaler Experten und Wissenschaftler mit Bundespräsident Roman Herzog Zukunftsfragen der Demokratie. Zu der Konferenz „Wege zur Erneuerung der Demokratie“ hatte die Bertelsmann Stiftung eingeladen. Werner Weidenfeld leitete die Runde. Unter den Referenten: Prof. Dr. Jean-Marie Guéhenno, Dr. Ruud F. M. Lubbers, Dr. Warnfried Dettling, Vicki Buch (Bürgermeisterin von Christchurch), Petra Roth (Präsidentin des Deutschen Städtetages), Beate Weber (Oberbürgermeisterin von Heidelberg), Dr. Klaus von Dohnanyi, Prof. Dr. Rupert Scholz.



Demokratie in der russischen Föderation

„Erziehung zu Demokratie“ ist das Thema für einen Schulungszyklus, bei dem die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* im Rahmen des *TACIS-Programms der EU* mit dem *Zentrum für Geistes- und Politikwissenschaften - Strategia* in St. Petersburg seit über einem Jahr kooperiert. Nach einem Abschlußseminar Ende November werden die Projektergebnisse im Dezember auf einer internationalen Konferenz evaluiert. Das Programm richtet sich an unabhängige, russische Träger der Bildungsarbeit, nicht-regierungsgebundene Organisationen aus dem sozial- und jugendpolitischen Bereich, Verwaltungsangestellte und politische Akteure auf der regionalen Ebene. Ziel ist die Ausbildung praktischer und theoretischer Fähigkeiten zur Unterstützung der Demokratisierung in der Russischen Föderation. Die parlamentarische Praxis in Europa, öffentliche Verwaltungsorganisation, politische Entscheidungswege in der Demokratie und die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß bilden dabei die inhaltlichen Schwerpunkte des Programms. Neben Referenten aus Deutschland und Großbritannien sind auch Berater aus Litauen in den fachlichen Dialog eingebunden.

Stärkung der
Zivilgesellschaft